

Stadtrat lehnt ein Teilstück der L 240n ab

Einstimmiger Beschluss in Übach-Palenberg. Bürgerinitiative will nun auch weiteren Abschnitt verhindern. Das letzte Wort hat jedoch das Land.

VON FRANZ WINDELEN

Übach-Palenberg. Diese Kulisse war für den Stadtrat bislang einmalig: Rund 100 Mitglieder der „Bürgerinitiative für den Erhalt der Übacher Waldgebiete“ hatten sich am Dienstagabend zur Sitzung im Ratsaal eingefunden, um ihren Protest gegen einen möglichen Bau der L 240n durch ihre starke Präsenz und durch bunte Plakate deutlich zu machen. Schließlich stand ein Antrag der Bündnisgrünen auf der Tagesordnung, der die Ablehnung des zweiten angedachten Teilschnittes der Ost-West-Ortsumgehung (Merksteiner Straße bis Scherpenseel) zum Ziel hatte. Am Ende gab es seltenen Applaus – für die Stadtverordneten, die mit einstimmigem Votum dem grünen Antrag gefolgt waren.

Die Grünen hatten in ihrem Antrag jene ökologischen Bedenken aufgegriffen, die auch die Bürgerinitiative gegen die L 240n formuliert hatte: Die Fortführung der Straße durch das idyllische Wurmthal führe zu erheblichen Beeinträchtigungen, der gesamte Siedlungscharakter werde zerstört, und die Trasse stehe einer touristischen Erschließung der Via Belgica entgegen.

Heiner Weißborn, SPD-Fraktionsvorsitzender, hatte gefordert, die Problematik zwecks eingehender Behandlung in den Fachausschuss zu verweisen. „Vor allem müssen wir zunächst einmal in Erfahrung bringen, was die Niederländer wollen, über deren Gebiet die L 240n auch verlaufen

soll“, gab Weißborn zu bedenken. Corinna Weinhold, UWG, konkret: „Was die Holländer sagen, ist für uns nicht entscheidend, entscheidend sind die Übach-Palenberger.“ Sie wie auch Gerd Gudduschat, CDU, stellte klar, dass ihre Fraktionen hier und heute schon für die Ablehnung votieren wollten.

Bürgermeister Paul Schmitz-Kröll machte deutlich, dass sich die Stadtverwaltung nicht in der Lage sehe, den aktuellen Sachstand zur L 240n zu beurteilen: „Das liegt bei den Landesbehörden.“ Das Planfeststellungsverfahren werde eingeleitet, und das umfasse eine Bürgerbeteiligung. Doch die mache, so habe ihm der Landesbetrieb Straßenbau signalisiert, erst im Spätsommer/Herbst Sinn. „Dann liegen die

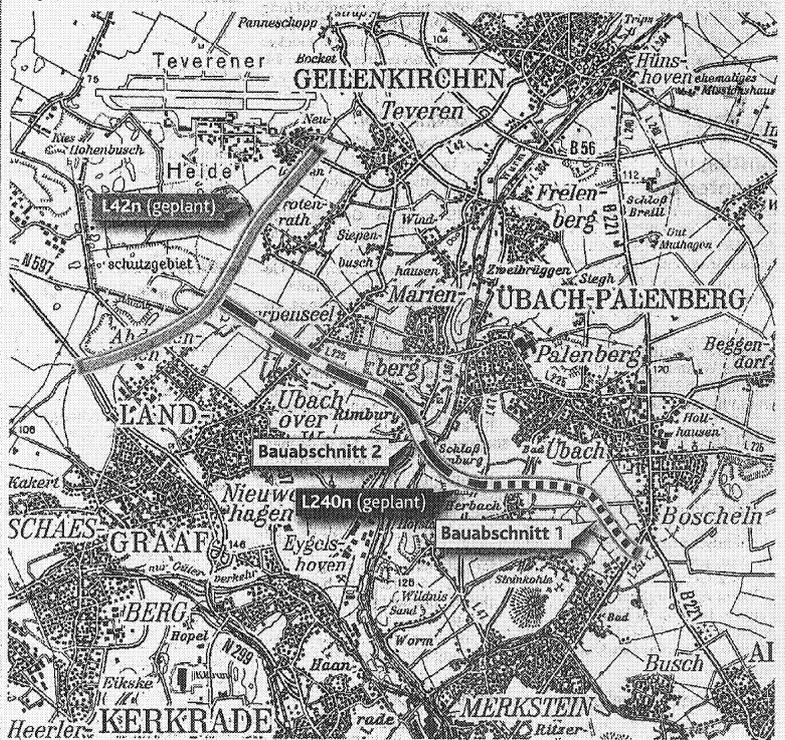
„Erst im Spätsommer/Herbst liegen die erforderlichen Gutachten auf dem Tisch.“

BÜRGERMEISTER PAUL SCHMITZ-KRÖLL

erforderlichen Gutachten auf dem Tisch, das heißt, im Moment ist noch nicht alles entscheidungsrelevant.“

„Solange wollte aber offensichtlich kein Stadtverordneter mit der Beschlussfassung warten – auch nicht Heiner Weißborn, der noch weiter ging als CDU und UWG: Er machte klar, dass die SPD-Fraktion den zweiten Teilschnitt ablehne, aber „dann konsequenterweise“ auch den ersten. Weißborn: „Wenn wir nur den zweiten ableh-

Geplante Trassen



Der Stadtrat lehnte mit einstimmigem Votum den zweiten Bauabschnitt der 240n ab.

nen, dann wird das Ergebnis sein, dass sich der Verkehr von der Roermonder Straße auf die Stadtteile Palenberg und Frelenberg verlagert.“ Ein Verzicht auf die L 240n sei verkehrsstrategisch durchaus möglich, da die bald fertiggestellte B 57n, die Nord-Süd-Umgehung Übach-Palenbergs, die Bleichlawine auf der strapazierten Roermonder Straße entzerre. Der Fraktionschef bemühte die Zahlen: „Derzeit befahren täglich 23 000 Fahrzeuge die Roermonder Straße, wenn die B 57n freigegeben ist, sind es laut Prognose 7000 weniger. Das ist eine Menge.“ Auch Rainer Reißmayer, Grüne, sprach sich dafür aus, die „Stimmigkeit“ des ersten Teilstückes zu überdenken. Gelegenheit dazu hat die Rats-

runde vielleicht schneller als ihr lieb ist: Die Bürgerinitiative hat bereits einen Bürgerantrag für die Sitzung am 23. Juni angekündigt: Die Straßen-Gegner wollen damit den Planungsabschnitt zwischen Roermonder Straße und Merksteiner Straße ebenfalls kippen.

Wie und was der Stadtrat in Sachen L 240n auch beschließt, das letzte Wort hat immer noch das Land NRW als Straßenbaulastträger. „Das Land plant und entscheidet“, gab denn auch Bürgermeister Paul Schmitz-Kröll abschließend zu bedenken.

KOMMENTIERT



Am Bedarf vorbei

... wenn das erste Teilstück gebaut würde

► FRANZ WINDELEN

Eigentlich war sie schon in Vergessenheit geraten, die L 240n. Erst die Bürgerinitiative, die sich gegen deren Bau wendet, holte sie wieder in Erinnerung. Mit mächtigem Hall. Plötzlich waren die Kommunalpolitiker hellwach. Die Grünen nahmen sich des grünen Parade-Themas an und hielten es auf die Entscheidungsebene des Rates. Dieser hat nun A gesagt – A wie Ablehnung. Ob er auch ebenso so einstimmig, aber vor allem mehrheitlich B sagt – B wie Bürgerantrag, bleibt indes abzuwarten.

Ein Nein auch zum ersten Bauabschnitt wäre nur konsequent. Jetzt wo die zweite Wegstrecke aus nachvollziehbaren ökologischen Gründen gekippt wurde, hat die L 240n eher die Funktion einer Sackgasse, endend in Palenberg. Eine echte Ost-West-Ortsumgehung sieht anders aus.

Es stellt sich die Frage nach dem Bedarf des Millionen teuren Reststückes. Wenn die B 57n eines nicht mehr fernen Tages die Fahrzeuge in erheblichem Umfang aufsaugen sollte – wie eine Verkehrsprognose besagt –, wäre das vordergründig kom-

munalpolitische Anliegen aller Ratsparteien erreicht: nämlich die Roermonder Straße von der erdrückenden Verkehrslast zu befreien.

Auch Heiner Weißborn und Rainer Reißmayer haben diese ihre Argumente im Rat so vorgebracht. Ob das rot-grüne Stimmen-Paket jedoch am Ende reicht, um auch das erste Teilstück zu verhindern, mag bei der momentan angespannten Gemengelage im Übach-Palenberger Rat keiner zu beurteilen.

Das Ratsvotum hat zwar keine verbindliche, aber eine signalgebende Kraft: Die zuständige Entscheidungsinstanz, das Land, wird gewiss den kommunalen Willen nicht unberücksichtigt lassen – und je einhelliger dieser ist, desto nachhaltiger wirkt er in Düsseldorf.

Und dort dürfte man sich angesichts des jüngsten Beschlusses verwundert die Augen reiben. „Schreien“ Städte und Gemeinden landauf, landab nach Ortsumgehungen, sagt man in Übach-Palenberg „Nein danke“. Das mag zwar bemerkenswert, aber deshalb noch längst nicht falsch sein.

fr.windelen@zeitungsverlag-sachsen.de



Protest im Ratsaal: Die Bürgerinitiative, die sich gegen den Bau der L 240n wendet, machte durch eine große